

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Postzeitung oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 131.

Dienstag, den 6. Juni 1916.

23. Jahrg.

Des Reichskanzlers Abrechnung mit den Kriegstreibern.

Quantitativ war die Reichstags-Sitzung vom Montag zum größten Teil angefüllt mit den Beratungen der Vereinsgelegenheit; auch die dritte Lesung der Kriegstreibern, die keinerlei Überraschung brachte, nahm noch einen Teil der Zeit in Anspruch; aber alle diese Eindrücke waren am Schluß der Sitzung wie fortgewischt durch eine Kundgebung des deutschen Reichskanzlers, die in der politischen Geschichte dieses Krieges einen wichtigen Platz einnehmen wird.

Anlässlich der dritten Beratung des Stats ergriff Herr v. Bethmann Hollweg das Wort, um sich mit voller Schärfe seiner Bredelnheit gegen seine Gegner im feindlichen Ausland, weit mehr aber noch gegen die im Inland zu wenden, die als die altbekannte U-Boot- und Tirpitzfronde unentwegt trotz aller Kompromisse und Versöhnungsversuche weiter gegen ihn mühen und intrigieren. Nur einmal erwähnte Herr v. Bethmann Hollweg jene demwürdige Mittwochssitzung, in der diese Fronde unter der Führung des Salinijunkers v. Graefe und des ersten schwerindustriellen Hirsj-Offen im Reichstag einen heftigen und unverhüllten Vorstoß gegen ihn unternommen hatte, er meinte — ohne die Herren v. Graefe und Hirsj direkt zu nennen — daß sie wohl nicht den besten Eindruck im Lande gemacht hätten. — Im übrigen wählte der Reichskanzler ein recht geschicktes Verfahren, indem er sich gegen gewisse anonyme und nichtanonyme Broschüren und deren Darlegungen wandte, die aus allseitigen Kreisen erschienen sind. So konnte er Ausdrücke und Charakterisierungen von unerhörter Heftigkeit gebrauchen, die gegenüber der konservativen Fraktion anzuwenden ihm unmöglich gewesen wäre. Dabei war sich aber ein jeder darüber klar, daß Herr v. Bethmann auf den Sach schlug und den Esel meinte, — wenn man diese stark volkstümliche, aber etwas despektierliche Redewendung gegenüber den ungemein schlaunen Herren um Herdenbrandt gebrauchen darf. In diesem Teile war die Rede des Reichskanzlers von ungeheurer Leidenschaftlichkeit getragen, seine Stimme zitterte vor Erregung und schien oft unter dem Druck der inneren Bewegung gänzlich auszusinken; die Erregung übertrug sich auf das atemlos lauschende Haus und die dichtgefüllten Tribünen, um sich mitunter in spontanen Beifallskundgebungen Luft zu machen, bei denen auch das sonst verpönte Händeklatschen eine Rolle spielte. Auch sachlich waren die Ausführungen des Reichskanzlers von höchstem Interesse, namentlich an den Stellen, an denen er gegenüber den Schmähangriffen eines anonymen Broschürenverfassers, der wohl in einflussreichen Kreisen zu suchen ist, mit starker Betonung von seiner Friedensliebe sprach und die volle Verantwortung dafür übernahm, wenn er bis zum letzten Augenblick die Verständigung mit England angestrebt hätte, um den Weltkrieg, den Rußland und Frankreich niemals ohne Englands Hilfe gewagt hätten, zu verhindern oder dafür, daß er während der drei Tage, in denen die letzten feierlichsten Verhandlungen zwischen Berlin und Petersburg liefen, die Mobilisierungen des deutschen Heeres hintangehalten habe, um nicht durch eine verfrühte Mobilisierung die Bluttat auf sich zu laden, die jetzt Rußland treffe. Und auch der größere Teil der Sozialdemokratie stimmte ihm an einer Stelle lebhaft zu, das war, als Herr v. Bethmann den Vorwurf zurückwies, daß er sich lediglich noch parlamentarisch auf die Sozialdemokratie stütze. Herr v. Bethmann gebrauchte Worte, die man sonst selten aus dem Munde eines Staatsbeamten zu hören gewohnt ist, er sprach direkt von einem Mißbrauch der nationalen Flagge und erklärte mit voller Deutlichkeit, daß nach dem Kriege der Unterschied zwischen nationalen und nichtnationalen Parteien, wie er vor dem Kriege wohl gemacht worden sei, zum alten Eisen geworfen werden müsse. Einen weiteren Vorwurf des Broschürenverfassers, daß er, der Reichskanzler, bei der Überreichung der englischen Kriegserklärung zusammengebrochen sei, bezeichnete Herr v. Bethmann als „verflunken und verlogen“.

Ebenso die weitere Behauptung, daß er gegen die Wehrvorlage gearbeitet habe. Er berief sich hierbei auf das Zeugnis des früheren Kriegsministers General v. Heeringen, falls dieser Lust haben sollte, sich mit Verleumdern abzugeben. Es war recht interessant, während dieser Worte die Gesichter einiger Herren von der Rechten zu beobachten, die einigermaßen deutlich fühlen mochten, daß im Grunde ihnen diese Worte galten.

Die Äußerungen des Reichskanzlers zur auswärtigen Politik waren im wesentlichen eine Bestätigung und Wiederholung seiner Worte vom 9. Dezember, die dem Reichskanzler nicht leid tun, auch wenn sie vom Feinde mit Hohn und Spott abgelehnt seien. Aber, meint Herr v. Bethmann, wenn diese Worte auf Grund der damaligen militärischen Lage gesprochen seien, so sei diese inzwischen wiederum um einige Grade günstiger geworden. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Fortschritte bei Verdun, den Zusammenbruch der russischen Offensive und unter besonders lebhaftem Beifall des größten Teiles des Hauses den Sieg der Hiterreicher über die Italiener und den Seepegel der deutschen Flotte. An ihn knüpfte der Reichskanzler die besondere Hoffnung — er ist zugleich ein-

sichtig genug, sich von übertriebenem Siegesjubil fernzuhalten — daß er ein Wahrzeichen sein wird auf dem Wege zur Erringung der Freiheit der Meere gegen die englische U-Boot-Herrschaft.

Nach diesen Ausführungen, die bei Anhängern und Gegnern den stärksten Eindruck hinterließen, vertagte sich das Haus. Vordem hatte die Beratung der Vereinsgelegenheit mehrere Stunden in Anspruch genommen. Die Stellung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen zu dem Gesetz ist, wie bekannt, verschieden, die Mehrheit sieht in ihm einen, wenn auch nur kleinen, aber doch erfreulichen Fortschritt; ihren Standpunkt vertreten die Genossen Heine und Schulz-Erjurt. Die Arbeitsgemeinschaft ließ durch ihre Sprecher, die Genossen Herzfeld und Stadthagen, darlegen, daß sie für das Gesetz stimmen würde, wenn es einen Fortschritt brähe, daß es ihr aber als eine Verhinderung des gegenwärtigen Rechtszustandes, ja als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterchaft erschiene.

An der Abstimmung wurde der Regierungsentwurf gegen die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und die äußerste Rechte angenommen, ferner in namentlicher Abstimmung mit 265 gegen 74 Stimmen der Rechten der Initiativantrag Graeber, der die Aufhebung des Sprachenparagrafen bezweckt.

Namentlich war auch die Gesamtstimmung über die Kriegsteuer, die mit 312 gegen 24 Stimmen der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und weniger konservativer Annahme fand.

Montag, den 5. Juni.

39. Sitzung, Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Helfferich.

Eine Anleihebedarfsliste für die Schutzgebiete und einige Rechtungsfragen werden debattellos angenommen.

Das Kriegskontrollgesetz

wird in dritter Lesung mit einem eingegangenen konservativen Antrag, der dem Reichstage ein unmittelbares Recht zur Prüfung der Verträge bei Seereslieferungen geben will, an die Kommission zurückverwiesen.

Es folgt die zweite Beratung der

Novelle zum Vereinsgesetz.

Die Novelle beschäftigt sich mit den Jugendlichen, deren der Zutritt zu den Gewerkschaften gestattet werden soll. Die Kommission hat außerdem ein zweites Gesetz beschlossen, das den Sprachenparagrafen aufhebt.

Es liegt auch ein entsprechender noch weitergehender Antrag Bernstein und Genossen (Soz. Arb.) vor.

Abg. Gräber (Ztr.) wünscht eine Wiederholung der von der Regierung in der Kommission abgegebenen Erklärung, wonach das Disziplinarrecht der Schule und das des Lehrherrn gegenüber dem Lehrling durch das Gesetz nicht berührt wird.

Abg. Heine (Soz.): Wir empfehlen die Annahme des Entwurfs der Regierung sowie des Entwurfs der Kommission. Es handelt sich hier eigentlich nur um ein Gewerkschaftsgesetz, das wir als ein Notgesetz betrachten, gegeben für die Zeit unmittelbar nach dem Kriege, weil der jetzige Zustand nicht in die Zeit nach dem Kriege hinübergeleitet werden darf. Diesem ganz unzulänglichen Gesetz gegenüber befinden wir uns in derselben Lage, wie 1896 gegenüber dem von Bassermann vorgelegten Arbeitervereinsgesetzparagrafen und 1899 bei der Regierungsvorlage betreffs des Verbindungsverbots politischer Vereine. Singer führte damals aus, wir stimmen für das Gesetz, weil damit endlich einmal der erste Schritt zu einem Reichsvereinsgesetz gemacht sei. Genau so stimmen wir heute dafür, weil damit der erste Schritt der Befreiung der Arbeiterorganisationen von den unwürdigen Fesseln des Vereinsgesetzes gemacht ist. Bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes erklärte zwar die Regierung, daß Versammlungen, die sich mit der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen betreffen, nicht politisch sind, und sie glaubte damit gesagt zu haben, Gewerkschaften können nicht als politische Vereine angesehen werden. Nach der vorgelegte Gesetzesentwurf hat ihrer Meinung nach nur deklaratorischen Charakter. In Wahrheit schafft er etwas Neues, er beseitigt einen Widerspruch zwischen dem Gesetz und dem tatsächlich herrschenden Zustand. Wäre das Vereinsgesetz von Anfang an von der Rechtsprechung so angewendet worden gegen die Gewerkschaften, wie man es 1913 und 1914 unternommen hat, so hätte sich die Notwendigkeit der Veränderung schon früher auch bei anderen Leuten als bei uns herausgestellt. Während des Krieges hat man die Gewerkschaften sogar von Staatswegen veranlaßt, noch weit mehr auf politische Dinge einzuzwirken. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Gesetz legalisiert, was die Gewerkschaften immer schon getan haben und auch tun müssen. Man könnte die Frage aufwerfen, warum die Gewerkschaften nicht einfach politische Vereine sein wollen. Das geht nicht wegen des Jugendparagrafen. Die Gewerkschaften müssen die Jugendlichen an sich heranziehen, und für die Jugendlichen kann es nach der Schulentlassung gar nichts Erproblicheres geben, als daß sie sich betätigen in den Kreis ihrer Berufsgenossen einordnen und dadurch höhere, soziale Pflichten kennen lernen und nicht bloß in Vergnügungen und Sonderinteressen aufgehen. Gerade diese Zeit ist für die Jugend die gefährlichste. Die Mitarbeiter an ihren Berufsinteressen ist das, was der Jugend am leichtesten verständlich ist und wobei der Jugendliche fühlt, daß er etwas leistet und nicht bloß als Objekt betrachtet wird, wie in den Bildungsvereinen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir nehmen das Gesetz also an, geben aber andere Forderungen nicht auf, den Sprachenparagrafen und den Jugendparagrafen aufzuheben. Leider erklären die Bundesregierungen, diese Fragen sollen erst bei der Neuorien-

tierung geregelt werden. Wie sich manche diese Neuorientierung vorstellen, zeigt ein Aufsatz in der letzten Nummer der „Deutschen Juristenzeitung“ von dem früheren bayerischen Minister Landmann, der jagt, es müsse erst die notwendige Vermehrung des Heeres zu Wasser und zu Lande nach dem Kriege sicher gestellt sein gegen die wechselnden parlamentarischen Mehrheiten, ehe an die Aufhebung des Sprachenparagrafen gedacht werden könne. Herr Landmann ist ja Minister a. D. und hoffentlich nicht das Sprachrohr der Regierung. Was auch immer sich als notwendig herausstellen mag für die Verteidigung des Vaterlandes nach dem Kriege, an das Staatsrecht des Reichstages wird keine Regierung rufen dürfen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Sprachenparagraf und jedes Ausnahmegesetz gegen irgend welchen Teil der Bevölkerung muß beseitigt werden. Wir begreifen überhaupt nicht, wie man heute noch daran denken kann, derartige Beschränkungen aufrecht zu erhalten. Von allen Seiten rief man geradezu vor dem Volke, das im Kriege seinen Opfermut so herrlich bewährt, dann aber jagt man: Um diesem Volke sein elementarstes Recht einzuräumen, müssen wir erst allerlei Gegenleistungen und Gott weiß was haben. Die Aufrechterhaltung des Sprachenparagrafen auch während des Krieges ist das schwerste Unrecht, es ist ein Zeichen des mangelhaften Willens, des mangelnden Wagemuts, der mangelnden Erkenntnis. Wer glaubt, nach dem Kriege den alten Jahden weiterzuspinnen zu können, wird sich sehr täuschen. Wir werden deshalb nicht für das Gesetz der Kommission stimmen, sondern mit aller Entschiedenheit auf die Aufhebung der landesrechtlichen Bestimmungen gegen Landarbeiter und der Beschränkungen politischer Vereine verlangen, wie es die Kommission in ihrer Resolution tut. Auch nach Annahme dieses Gesetzesentwurfs werden Behörden noch sagen: Zwar haben Jugendliche das Recht, in Gewerkschaften und ihren Versammlungen zu erscheinen, aber wir verbieten es ihnen auf Grund der Schulordnung oder politischer Sicherheitsmaßnahmen, oder was weiß ich. Ich sehe das kommen, und diese Behörden handeln dann bewußt dem Willen des Gesetzgebers entgegen und suchen auf bewußt ungesetzlichem Wege das Gesetz zu durchkreuzen. Das Gesetz ist nur ein Stückwerk. Wir müßten ihm zustimmen, um es in der Kommission überhaupt durchzuführen und nicht einer Demonstration wegen zu gefährden. Anders steht es mit dem klaren Willen des Reichstages, den Sprachenparagrafen zu beseitigen. Die Jugend vor jeder Verührung mit der Politik bewahren zu wollen, ist ein ganz vergebliches Beginnen. In der Schule, in der Familie, auf der Straße erfahren sie von politischen Dingen. Wir leben eben in einer Zeit, in der das öffentliche Leben das private überwuchert, und es ist ein Anachronismus, wenn man die ausgesprochen politischen Vereine den Jugendlichen verbietet. Wir behalten uns daher vor, Anträge zu stellen, die das Vereinsgesetz von diesen Beschränkungen reinigen. Vorläufig bitten wir während des Krieges, als Kriegsmäßregel und als Notgesetz dieses Gesetz anzunehmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Müller (Meininger (Bpt.)) Wenn das Gesetz auch erheblich schlechter ist wie dasjenige, das der Reichstag im vorigen Jahre beschlossen hat und das von der Regierung leider nicht akzeptiert wurde, so bedeutet es doch einen Fortschritt. Das Gesetz ist ein Vertrauensgesetz gegen die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber, denen für ihre Dienste während der Kriegszeit der Dank des Vaterlandes gebührt. Der Sprachenparagraf, der ja im wesentlichen ein Polenparagraf ist, kann nach den Äußerungen des Reichskanzlers vom August 1915 über das Schwindeln der Gegenstände zwischen Polen und Deutschen gar nicht mehr aufrecht erhalten werden. Auch wir wollen die Jugend keineswegs in das politische Leben hineinzerren, aber in den Gewerkschaften müssen sie zugelassen werden. (Bravo! bei den Volksp.)

Abg. Jung (Katl.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Vereinsgelegenheit, in der Frage des Sprachenparagrafen und der Jugendlichen werden sie nicht geschlossen stimmen.

Abg. Dr. Dertel (K.): Während des Bürgerfriedens hätte die Frage des Vereinsgesetzes garnicht aufgerollt werden sollen. Unsern Willen als Gesetzgeber haben die angeführten Gerichtsentscheidungen entprochen. (Hört, hört! bei den Soz.) Es handelt sich hier um ein Sondergesetz zugunsten der Gewerkschaften. (Widerpruch bei den Soz.) Unklar ist, ob es nur eine Deklaration des bisherigen Gesetzes oder eine wesentliche Abänderung sein soll. Wir wollen die Jugendlichen nicht in die Gewerkschaften hineinziehen, weil die Gewerkschaften sie bekanntlich zum Klassenbewußtsein erziehen wollen, wobei natürlich auch der Klassenhaß gerührt werden kann. Meine Bedenken werden auch von Mitgliedern anderer Parteien, selbst von einem freisinnigen Führer, geteilt. Auch die Vertreter der Landwirtschaft und des Handels und sogar die vaterländischen Arbeitervereine protestieren mit mir gegen die Annahme des Gesetzes. Besonders lebhaft sind auch die Bedenken der Lehrer. Die Frage der Schulpflicht und der Zucht in den Fortbildungsschulen nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ist keineswegs geklärt. Es muß eine unzweideutige Erklärung darüber abgegeben werden, ob etwa auch hier der Satz gelten soll: Reichsrecht geht vor Landesrecht. — Wir stehen mit unserem Widerpruch allein, aber das stört uns nicht, ebensowenig wie der Umstand, daß die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft mit uns gegen das Gesetz stimmen wird. Wir lehnen die Verantwortung für diesen ersten Schritt der Neuorientierung ab. Wir halten die Bahn, die hiermit betreten wird, für verhängnisvoll für die Jugend, für die Volksgesunde und für unsere gesamte Entwurfung, vor allem für die Aufrechterhaltung der in unsere Zeit so notwendigen Autorität. (Lebh. Beifall bei den Konj.)

Abg. Behrens (Deutsche Frakt.): Wir werden der Vorlage zustimmen und, damit sie zustande kommt, alle weitergehenden Anträge ablehnen.

Ministerialdirektor Lewald: Das Recht der Schule wird durch das Vereinsgesetz nicht eingeschränkt, ebenso wenig das Recht der Eltern und Vormünder. Auch das durch die Landesgesetzgebung geregelte Disziplinarrecht der Fortbildungsschulen bleibt unberührt. — Wir haben die Vorlage eingebracht, weil gegenwärtig

Schädigung wird ein Rechtsanspruch nicht begründet. Der § 15 müsse lauten: „Vorschüsse und Lorentschädigungen, welche die Bundesstaaten und Elbsch-Lothringen auf Schäden im Sinne dieses Gesetzes ausgezahlt haben oder künftig auszahlen, werden ihnen im Rahmen der nach diesem Gesetze getroffenen Feststellungen vom Reiche erstattet. Der Zeitpunkt der Erstattung wird durch besonderes Gesetz bestimmt. Im Bedarfsfalle hat das Reich den Bundesstaaten und Elbsch-Lothringen zur Ermöglichung notwendiger Auszahlungen Vorschüsse zu leisten.“ Da im Prinzip den Ansichten der Mehrheit der Kommission entsprochen wurde, einigte man sich und es erfolgte die einstimmige Annahme der Vorlage in der Kommission.

Die Vertagung des Reichstags und preussischen Landtags.
Nach Mitteilungen aus nationalliberalen Parlamentskreisen soll der Reichstag bis zum 26. September vertagt werden mit der Ermächtigung für den Präsidenten, den Tag des Wiederzusammentritts gegebenenfalls noch etwas später festzusetzen, wenn die Umstände dies wünschenswert erscheinen lassen sollte. Der preussische Landtag wird bis zum 14. November vertagt werden.

Bürgerfriedenswahl.
Bei der Reichstagsersatzwahl Heidelberg-Eberbach-Mosbach stehen das Zentrum und die Sozialdemokraten von der Aufstellung eigener Kandidaten ab. Somit ist die Wahl Dr. Riegers gesichert.

Die preussischen Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter gegen die Lebensmittelnot.

Die Vertrauensleute und Ortsvereinsfunktionäre des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter hielten in Berlin eine Versammlung ab, um zu der Lebensmittelnot und der Teuerung Stellung zu nehmen. Es fielen recht kräftige Worte gegen die Behörden, denen im wesentlichen die Schuld an der Lebensmittelnot zugeschoben wurde. Der Hauptredner, Generalsekretär Riedel, meinte, es sei leichter, den Feind niederzuringen als die preussische Bureaucratie. In dieser Beziehung unterscheidet sich der Berliner Kommunalrat in nichts von der ostelbischen Reaktion. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird Abhilfe verlangt und gleichzeitig die Verbandsleitung erlucht, weiterhin um die Erhöhung des Arbeitseinkommens der Eisenbahner bemüht zu sein. Die Teuerungszulage stehe in keinem Verhältnis zu den Teuerungspreisen.

36 000 Frauen im Eisenbahndienst beschäftigt.
Die Eisenbahnverwaltung gibt bekannt, daß sie gute Erfahrungen mit der Beschäftigung von Frauen in einzelnen Zweigen des Eisenbahndienstes gemacht habe. Deshalb seien immer weitere Dienstzweige den Frauen geöffnet worden. So würden jetzt Frauen an der Bahnsteigsperrle, als Türschließerinnen, in der Bahnunterhaltung, im Bureau-, Telegraphen- und Abfertigungsdienste und in den Werkstätten, überhaupt in mannigfachen Dienstzweigen mit durchaus befriedigendem Erfolge beschäftigt. Ihre Anzahl übersteige bereits 36 000 Köpfe.

Ein agrarischer Wirtschaftsplan.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat einen Wirtschaftsplan vorgeschlagen, der hoffentlich die Zustimmung der entscheidenden Kreise nicht findet, denn er berücksichtigt in einschneidendster Weise die Interessen der Agrarier, die wahrlich keinen Anlaß haben, in dieser Kriegszeit über geringe Gewinne zu klagen. Der Bedarf an Kartoffeln soll durch Umlegung aufgebracht werden, aber es sollen keine Höchstpreise festgesetzt werden. Die Preise sollen vielmehr nach dem Futtermittelwert der Kartoffeln bemessen werden. In anderen Zeiten hätten die Agrarier kein geringes Geschäft erhoben, wenn man die Kartoffeln als Futtermittel bewertet hätte. Jetzt aber ist der Futtermittelwert der Kartoffeln sehr hoch und nun sollen die Kartoffeln danach bewertet werden. Bei der Getreideversorgung wollen die Agrarier eine schärfere Kontrolle der Mühlen! Die Höchstpreise für Getreide sollen beibehalten werden, aber es soll noch extra eine Druschprämie gegeben werden und zwar bis zum 1. Oktober 50 Mk., pro Monat um je 10 Mk. während bis zum 1. Februar, bis zu welchem Termine die Prämie nur noch 20 Mk. betragen soll. In Wirklichkeit läuft dieser Vorschlag auf eine ungeheuerliche Erhöhung der Preise hinaus, denn die Faserhöchstpreise konnten sich natürlich nur für gedroschenen Hafer verstehen. Solche Druschprämien und eine Preiserhöhung noch extra fordern die Herren auch für Getreide. Aber die Herren vom Landwirtschaftsrat wollen auch der ärmeren Bevölkerung Zuwendungen machen — natürlich aus den Taschen anderer Leute. Sie fordern nämlich: der über 5 Prozent des Geschäftskapitals von der Getreideverwertungsgesellschaft erzielte Gewinn ist dem Reichsamt des Innern zur Beschaffung von Nahrungsmitteln für die ärmere Bevölkerung zu überweisen. Man wird diesen Antrag am besten verstehen, wenn man weiß, daß diese Gesellschaft sich nicht in den Händen der Agrarier befindet — deshalb diese Freigebigkeit! Die weiteren Wünsche beziehen sich auf eine Erhöhung der Preise für Schweine und auf Unterlassung jeden Eingriffs in den Verbrauch und Vertrieb der außerhalb der Molkereien in landwirtschaftlichen Betrieben erzeugten Butter. Das würde bedeuten, daß die Agrarier mit ihrer Butter machen können, was sie wollen, nur andere Leute sollen von den Beschränkungen getroffen werden.

Es ist dringend zu wünschen, daß das neue Kriegsernährungsamt sich von diesen Wünschen der Agrarier nicht beeinflussen läßt, sonst ist es leicht möglich, daß das Volk aus dem Regen in die Traufe schlägt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 6. Juni.
Die Bürgerschaft erledigte gestern Abend in einer verhältnismäßig kurzen Sitzung mehrere Millionenvorlagen. Zunächst handelte es sich um die Bewilligung von weiteren 3 Millionen Mark für die Unterstützung in den Seeresdienst eingetretener Mannschaften. Die sozialdemokratische Fraktion stellte durch Genossen Radde den Antrag auf Erhöhung der staatlichen Unterstützung der Kriegerfamilien. Obwohl die Begründung des Antrages, den eine Anzahl bürgerlicher Redner und auch der Genosse Henze befürworteten, nicht unterstützt werden konnte, lehnte die Bürgerschaft doch den Antrag ab. Die in Betracht kommenden Kriegerfamilien werden das bitter empfinden. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Lebensmittelpreise, besonders die Butter- und Eierpreise kritisiert. Herr Henz, der Landwirt und Genosse des

Der amtliche Kriegsbericht.

Westlicher Kriegsjahresbericht.
Auf dem östlichen Maasufer wurden die Stellungen tapferer Opreuken auf dem Sumina-Rücken im Laufe der Nacht nach erneuter, sehr starker Artillerievorbereitung wiederum viermal, ohne den geringsten Erfolg, angegriffen. Der Gegner hatte unter unserem zusammenwirkenden Artillerie, Sperr-, Maschinengewehr- und Infanteriefener besonders schwere Verluste. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Ostlicher und Balkan-Kriegsjahresbericht.
An den deutschen Fronten keine besonderen Ereignisse.
Oberste Seeresleitung.

Englische Schiffsverluste vor dem Stagerat

Ueber 7000 Tote.

WTB. Berlin, 5. Juni. (Amtlich.) Engländer, die von der deutschen 5. Torpedobootflottille während der Seeschlacht vor dem Stagerat aufgespürt wurden, haben ausgejagt, daß der Schlachtkreuzer „Prince Royal“ schwere Schlagseite gehabt habe, als die „Queen Mary“ im Gefecht mit der deutschen 1. Aufklärungsgruppe war und fast gleichzeitig der kleine Kreuzer „Birmingham“ sank.

Ferner seien bei diesem Teil des Gefechtes die 5 Ueberbroadnoughts der Queen-Elizabeth-Klasse beteiligt gewesen.

Anderer englische Gefangene, welche von der 5. Torpedobootflottille gerettet wurden, haben unabhängig von einander unter schriftlicher Bestätigung ausgesagt, daß sie das Sinken des „Warpite“, des Schlachtkreuzers „Prince Royal“ und von „Turbulent“, „Rektor“ und „Alcazar“ mit Sicherheit gesehen hätten.

Von einem deutschen Unterseeboot ist 90 Seemeilen östlich der Lynemündung nach der Seeschlacht vor dem Stagerat ein Schiff der Irredute-Klasse mit schwerer Schlagseite und mit sicherlich viel Wasser im Vorschiff mit Kurs auf die englische Küste gesehen worden. Dem Unterseeboot gelang es wegen ungünstiger Stellung des Schiffes und wegen schwerer See nicht, zum Schuß zu kommen.

Die englischen Verluste an Menschenleben während der Seeschlacht vor dem Stagerat werden auf über 7000 Mann geschätzt.

Der Chef des Admiraltabs der Marine.

Zwischenhandels, suchte diese Preise, ohne viele Freunde seiner Anschauungen zu finden, zu rechtfertigen!

Zu einer Aussprache, in der in Einzelheiten die Verwendung der Mittel beantragt wurde, gab die Vorlage auf Bereitstellung einer weiteren Million für besondere Kriegsausgaben Veranlassung. Auch Genosse Stellung über Kritik an der Abrechnung. Schließlich wurde die Beratung des Antrages vertagt.

Eine lebhafteste Debatte zeitigte wieder der Antrag des Genossen Hoff auf Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage. Prinzipielle Gegner schien es nicht in der Bürgerschaft zu geben, wohl aber manche, die aus formellen Gründen den Antrag ablehnen wollten. Um den schlechten Eindruck einer solchen Ablehnung zu verhüten, zog Genosse Hoff den Antrag, den auch Genosse Löwig und mehrere bürgerliche Redner befürworteten, vorläufig jurid. Jedenfalls hat der Senat aus der Diskussion die Meinung der Arbeiterschaft, die bisher in dieser Sache offiziell leider noch nicht gehört worden ist, deutlich vernommen. Hoffentlich schenkt er ihr ein offenes Ohr.

Am 8½ Uhr war die Tagesordnung erledigt.

10 Jahre Gastwirtsgehilfenverband. Am heutigen 6. Juni blickt die Ortsverwaltung Lübeck des Verbandes der Gastwirtsgehilfen auf ihr 10jähriges Bestehen zurück. Trotz dem die Ortsverwaltung infolge des alles vernichtenden Krieges fast aufgegeben worden ist, werden die noch zurückgebliebenen Kollegen nach wie vor alles aufbieten, um ihre Organisation in Ehren zu halten.

Der Anspruch eines unehelichen Kindes auf Hinterbliebenenrente aus der Unfallversicherung. Nach § 588 R.-G.-B. beträgt die Hinterbliebenenrente „ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes für ein uneheliches Kind jedoch nur, soweit der Beschorbene ihm nach gesetzlicher Pflicht Unterhalt gewährt hat“. Diese nicht gerade unzweideutige Bestimmung ist von Versicherungsträgern und Versicherungsbehörden bisher recht unterschiedlich ausgelegt und angewandt worden. Einmal wurde gefolgert, daß der Anspruch auf Rente nur gegeben sei bis zum Betrage des tatsächlichen von dem Verstorbenen für den Unterhalt des Kindes geleisteten, zum andern wurde die Bestimmung gar dahin ausgelegt, daß ein Anspruch auf Rente nur gegeben sei, wenn der Beschorbene seiner Unterhaltspflicht in vollem Umfange nachgekommen sei. Das Reichsversicherungsamt hat kürzlich durch eine grundsätzliche Entscheidung, abgedruckt in den Amtlichen Nachrichten des RM. 1916, S. 399 ff., jolider Auslegung vorgebeugt, indem es ausgesprochen, daß es für den Anspruch des unehelichen Kindes nicht darauf ankommt, ob der Vater seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht in vollem Umfange nachgekommen war, und daß für die Bemessung der Rente nicht der Betrag des vom Vater tatsächlich geleisteten, sondern der gesetzliche Umfang des Unterhaltsanspruches (bis zum Betrage eines Fünftels des Jahresarbeitsverdienstes) maßgebend sei. Nach der Entstehungsgeschichte der in Frage kommenden Bestimmung, so folgert das R.V.A., genüge es für den Anspruch des unehelichen Kindes, wenn der Vater sich um sein Kind gekümmert hat. Und wollte man, so heißt es weiter in der Entscheidung, die Rente nach dem vom Vater tatsächlich geleisteten Unterhalte bemessen, so würde in den vielen Fällen, wo der Vater seiner Unterhaltspflicht nur in geringem Grade nachgekommen ist, eine Rente nicht mehr ergeben, die eine wirtschaftlich Bedeutung für das Kind nicht mehr hätte. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß der Rentenanspruch unehelicher Kinder Kriegsgefallener noch immer nicht Gesetz ist, die gesetzliche Regelung vielmehr erst nach Beendigung des Krieges vorgenommen werden soll.

Die Ostpreussische in Elberfeld hatte am 1. Juni 1916: 20 798 Mitglieder, darunter 151 Mitglieder aus Ostpreußen. Davon blieben zurück, gegen 20 798 für Jahre 1915. Auf

am 1. Juni 1916: 17 000 Mitglieder, am 1. Juni 1915: 18 689 (1915: 11 000). Gemerkenswert ist, daß von am letzten März 1916: 471 (1915: 887) und Frauen 661 (1915: 418). Die Mitgliedschaft für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Mai 1916 (1915: 1941) erstellt. Starbgeburt wurde im Mai für Mitglieder in 29 Fällen, für Angehörige in 32 Fällen festgestellt. Abrechnungen erwachsener Mitglieder gegen die jagdunfähigen Verwaltungsvorschriften waren in 3 Fällen mit Erlaß zu belegen. Die freiwilligen Rassenbeiträge müssen Mittwoch und Donnerstag früh in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Die Pfingstfeier unserer Arbeiter-Jugend nach Schwerin erregte sich um 7½ Uhr in den Reihen. Ein Freund unserer Sache hat einen privaten Zuschuß beigegeben. Die Abrechnung I erfordert also nur 2 Mk., und die Abrechnung II 250 Mk. Hoffentlich ist uns das Weiter günstig gestimmt, damit auch wirkliche Wandererfreunden ausgelöst werden.

Kriegsbestimmungen für das Zeitungsgewerbe. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht in seiner letzten Nummer folgende vom 3. Juni datierte Bekanntmachung des Reichsministers: § 1. Der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe wird ein Verbot beigegeben, der aus Vertretern der beteiligten Gewerbe besteht und über grundsätzliche Fragen, die den Konsumverbrauch der beteiligten Gewerbe betreffen, zu hören ist. § 2. Die kostenfreie Abgabe von Sonderblättertern (sogenannte Extrablätter), abgesehen von solchen, deren Ausgabe die Oberste Seeresleitung ausdrücklich erwünscht bezeichnet hat, wird verboten. Die Zahl der Zeitungsbeilagen, die auf anderem, als maschinengaltem, holzballigen Druckpapier gedruckt und einer Zeitung beigelegt werden, darf vom 3. Juni ab nicht vermehrt werden. Die Beilage einzelner Projekte um wird von diesem Verbot nicht berührt. Der Seitenumfang von Zeitungsbeilagen darf nicht vermehrt werden gegenüber dem Umfang, den die Beilagen in der zweiten Woche des Monats Mai 1916 gehabt haben. § 4. Zeitungsbeilagen, die in dem verwendeten Papier und der Ausstattung mit dem Hauptblatt der Zeitung übereinstimmen, dürfen vom 3. Juni ab auf anderem als maschinengaltem, holzballigen Druckpapier nicht gedruckt werden. § 5. Der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe sind auf deren Ersuchen unverzüglich alle Auskünfte zu erteilen, die erforderlich sind, um die Durchführung der vorstehenden Bestimmungen (§ 2 bis 4) zu überwachen.

Gute Verpackungen der Sendungen ins Feld. Seit dem Einsetzen der wärmeren Jahreszeit mehren sich wieder die Klagen der Trupenteile, daß Päckchen mit leicht schmelzbaren Stoffen, wie Butter, Fett, Honig usw., infolge mangelhafter Verpackung beschädigt eingehen. Solche Sendungen sind für den Empfänger nicht nur wertlos, sondern sie beschmutzen auch andre Päckchen, Briefe und Zeitungen sowie die zur Vermeidung der Feldpostsendungen dienenden Beutel. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß Lebensmittel aus leicht schmelzbaren Stoffen während der warmen Jahreszeit nur in Blechbehältern mit fest schließenden Deckeln verpackt werden dürfen, und daß Sendungen solchen Inhalts, wenn sie nur in Pappkästen oder dergleichen verpackt sind, von den Postanstalten unbedingt zurückgewiesen werden müssen. Von der Verwendung von Butter und Fett ins Feld während der Sommermonate kann, wegen der leichten Verderblichkeit dieser Stoffe selbst bei ausreichender Verpackung, nicht dringend genug abgeraten werden.

Wie man Eier konserviert. Angehörige der für alle Haushaltungen dringend gewordenen Notwendigkeit, sich mehr und mehr nach der Dede zu strecken, gewinnt eine Zusammenstellung über die verschiedenen Arten der Eierkonservierung an Wert. Danach bewahrt sich noch immer am besten die trockene Aufbewahrung im gewöhnlichen Keller vermittelt des bekannten Eierbrettes. Die auf solchen Brettern im Keller aufbewahrten Eier zeigten sich nach zehn Monaten noch gut und genießbar, nur hatten sie an Schmachhaftigkeit eingebüßt. Auch das allmählich vorgeschrittene Umkehren der Eier hat diese Schwachminderung nicht hindern können. Die Eier schmeckten vielmehr auch dann noch trocken. Sehr gute Ergebnisse zeitigte auch die bekannte Aufbewahrung in Säfel. Hermetisch verschlossene Glasgefäße erweisen sich dagegen als untaugliche Mittel zur Eierkonservierung. Die in solchen Glasgefäßen in Sand gebetteten Eier waren bereits nach achtwöchigem Lagern verdorben. Erste Bedingung für die Konservierung ist eben, daß die Eier dem Luftdurchzug bestmöglich ausgesetzt werden. Deshalb ist es auch nicht gleichgültig, ob die Aufbewahrung in einem luftigen, selbstverständlich feuchten Keller oder ob sie in einem dumpfigen und feuchten Keller erfolgt. Als eine mäßig empfehlenswerte Methode der Konservierung der Eier hat sich das Verfahren erwiesen, die Eier in Umhüllungen mit fettigen und leimigen Substanzen zu betten. Jedenfalls sind hierbei die Ergebnisse nicht besser gewesen als bei der trockenen Aufbewahrung. Was nur die Eierkonservierung durch flüssige Mittel anbetrifft, so hat sich eine zehnprozentige Wasserlösung am besten bewährt. Man stellt diese Mischung dadurch her, daß man auf einen Teil guten Wasserglases zehn Teile reinen, frischen Brunnen- oder Leitungswasser nimmt und dieses gut mit dem Wasserglas vermischt. Man legt die zu konservierenden Eier in einem Steinopf oder einem glasierten Tongefäß schichtweise übereinander und übergießt diese Schichten mit der Wasserlösung. Der gefüllte und mit gutem Zeitungspapier zugedebunte Topf wird dann in einer kühlen Ecke des Kellers aufgestellt. Auf solche Weise vermauerte Eier sollen sich unbeschränkte Zeit brauchbar erhalten.

Ferienkolonien. Die Auswahl der diesjährigen Ferienkolonien ist getroffen. Von 629 Meldungen konnten 262 (158 Knaben und 106 Mädchen) berücksichtigt werden. Davon werden in zwei Knaben- und einer Mädchenkolonie 252 Schüler und Schülerinnen unserer Volksschulen in Travemünde, 10 im Solbad Olsholoe Erholung finden. Bevorzugt wurden solche Kinder, deren Vater für das Vaterland kämpft oder gefallen ist. In den nächsten Tagen erhalten die Ausgewählten durch ihre Hauptlehrer nähere Mitteilungen, auch soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Kinder ihre auf den Ferienaufenthalt entfallenden Brot-, Butter- und Zuckerarten mitzubringen und in der Formverammlung abzuliefern haben.

Hensburg. Wegen Beförderung der Desertion im Sinne des § 141 Str.-G.-B. hat die hiesige Strafkammer am 19. April die Ehefrau Anna Jacobson zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Am Nachmittag des 1. März hat der Schwager des Angeklagten, der Soldat J., sie um einen Zivilantrag ihres Ehemannes, nachdem er vorher erzählt hatte, daß er aus dem Feld zurückkehre, aber unmöglich wieder nach Russland hinausgehen könne, da er dort viel Schreckliches erlebt habe. Die Angeklagte gab ihm auch einen Anzug, nahm ihm denselben dann aber wieder weg mit dem Bemerkten, sie wolle damit nichts zu tun haben und legte ihn offen auf das Bett in einem Darübergangszimmer, wo ihn ihr Schwager finden sollte. Er lag dann auch den Anzug an und wurde flüchtig. Die Angeklagte ist daraufhin für schuldig befunden worden, die Fahnenflucht ihres Schwagers gefördert zu haben. Denn, wenn sie ordentlich gewillt gewesen wäre, ihm den Anzug zu geben, so hätte sie ihn doch in wegschickten können, daß ihr Schwager ihn nicht fand. In ihrer Revision behauptete die Angeklagte, eine Förderung der Desertion sei zu Unrecht darin gesehen worden, daß sie den Anzug auf das Bett legte. Das Reichsgericht verwarf indessen die Revision als unbegründet, da in ausreichender Weise nachgewiesen sei, daß sie den Vorfall gehabt hat, ihrem Schwager zur Flucht zu verhelfen, indem sie ihm den Anzug auf das Bett bereit legte.

Gewerkschaftsbewegung.

Im Verband der Hauswirtschaftlichen Arbeiterinnen hat die Kriegszeit den Kampf herbeigeführt. Dem häuslichen Personal wurde erzwungen, mit bestmöglicher Gewalt sich abzumehren, was sich

Vertammlung der Lübecker Bürgerchaft.

Lübeck, 5. Juni.

Der 1. Wortführerstellvertreter Scharrf eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Minuten.

1. Antrag: Bereitstellung von 3.000.000 Mark für die Unterstützung von Familien in den Heeresdienst eingetretener Mannschaften.

Radden: Wir werden diesem Antrag zustimmen. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit anregen, die Familienunterstützung zu erhöhen. Die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung wurde schon im Dezember von unserer Seite hervorgehoben. Das Ersuchen meines Freundes Hoff im Bürgerauschuss, dem Senat einen diesbezüglichen Antrag zu unterbreiten, wurde mit einer recht kläglichen Begründung abgelehnt. Es wurde auf die hohen Unterstützungsätze Lübecks verwiesen. Viel Sinn liegt darin nicht, denn bei dieser Frage sprechen doch vor allem die wirtschaftlichen Verhältnisse mit. Schon damals war mit der Unterstützung immer auszukommen, wie Stellung ausdrücklich begründet hat. Jetzt ist der Notstand noch weit schärfer eingetreten, er macht eine Unterstützungserhöhung zu unerlässlicher Pflicht. Vom Senat wurde damals auf die nicht allzu reichlichen Mittel hingewiesen, die Erhöhung könne nur schrittweise geschehen. Ein Zurückgehen kann es selbstredend nicht geben, unter den augenblicklichen Verhältnissen ist dies ja so wie so ausgeschlossen. Es ist doch daran festzuhalten, daß Kriegesfrauen, die sich im Herbst noch eben durchschleppten, es heute absolut nicht mehr können. Im Herbst gab es zum Teil noch billige Knochen, heute ist auch dieser Artikel ausgeschaltet und die Lebensmittelpreise sind im fortwährenden Steigen. Das Ende ist gar nicht abzusehen. Der Notstand ist gewiß nicht nur bei den Kriegesfrauen anzutreffen, er ist bis ins Bürgertum hinein vorhanden. Sie bedürfen einer erweiterten Unterstützung aber in erster Linie. Es ist bereits ein Jahr seit der letzten Erhöhung verstrichen und während dieser Zeit sind die Lebensmittelpreise horrend gestiegen. Im Interesse der Sache möchte ich Sie ersuchen, folgendem Antrag zuzustimmen: „Die Bürgerchaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst eine Vorlage betreffend Erhöhung der Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mannschaften entgegenzubringen.“

Senator Dr. Fehling weiß auf die hohen Summen hin, die bis jetzt für diese Zwecke ausgegeben wurden. Bis heute seien bereits 7 Millionen Mark verausgabt, von denen das Reich nur die Hälfte zurückerstattet. Die Ausgaben der Wohlfahrtsauschüsse hätten ebenfalls 3 Millionen Mark erreicht.

Thiele unterstügt den Antrag Raddens und verweist ebenfalls auf die unerschwinglichen Lebensmittelpreise. Gewiß habe man vor 2 Jahren eine angemessene Unterstützung bewilligt, man habe aber nicht an eine so lange Kriegsdauer und so hohe Teuerung geglaubt. Wer nicht von Verwandten irgendwelchen Zuspruch erhalte, könne überhaupt nicht mehr existieren.

Rein tritt ebenfalls für den Antrag ein, da an eine baldige Besserung nicht zu denken sei. Die Widerstände seien schwer zu überwinden, der Ruf nach Professor Kubner eine anstehende Krankheit geworden. Redner verurteilt die hohen Eierpreise, die zur Zeitzeit noch auf 25 Bg. ständen und verweist auf Ausprüche von Landleuten, die mit 15 Bg. zufrieden wären, wenn sich die Händler nicht überbieten würden. Die Butterpreise müßten notwendig herabgesetzt werden. Daß sie das könnten, zeige der 71.755 Mark betragende Reingewinn einer Pommerischen Meierei. 70 % Gewinn bei 100.000 Mark Aktienkapital habe diese Genossenschaft aus den Taschen der Verbraucher gezogen. Auch mit Obst und Gemüse werde Wucher getrieben. Solange die Behörden derartigen Treiben nicht entgegengetreten, müßten eben die Unterstützungen erhöht werden.

Senator Dr. Fehling bewauptet wiederholt, Lübeck habe alles getan, was es tun konnte. Die Summen müßten später von den Bürgern wieder aufgebracht werden. Ein gewisses Opfer müsse jeder bringen. Um die Pflicht gegen das Vaterland zu erfüllen, soll man lieber auf etwas verzichten.

Radden: Ich glaube, wenn der Hunger an den Menschen herantritt, ist der Enthusiasmus verschwunden. Wir können es jeden Tag, daß ein großer Prozant aus unseren Taschen gezogen wird. Es braucht gar keiner besonderen Propaganda, um die Not zu beweisen. Von den 468 Mark, die eine alleinlebende Kriegesfrau erhält, gehen mindestens 200 Mark für Miete ab, rechnet man noch eine Kleinigkeit für Schuhe und Kleider, so verbleiben ihr pro Tag 60—80 Bg. zum Leben. (Schätzig: arbeiten!) Gewiß arbeiten, aber wobei immer Arbeit nehmen. Manche Frauen können nicht jede Arbeit ausführen, andere haben Kinder, und nicht zum mindesten hat die Gelegenheit für Frauenarbeit nachgelassen. Wie notwendig eine erhöhte Unterstützung ist, ergibt sich aus den Vorberichten der letzten Zeit, wo auf Urlaub Weisende vor Ablauf ihrer Zeit wieder an die Front gingen mit dem Bemerkten, dort hätten sie wenigstens etwas zum Essen, was hier

nicht der Fall sei. Die wohlthätige Hilfe sei nicht zu verkennen, aber es sei auch vorgekommen, daß das Rote Kreuz mit zweierlei Maß messe. Redner ersucht wiederholt um Annahme seines Antrags.

Senator Dr. Fehling hebt hervor, er habe die Angaben Kleins nicht bestritten und nehme sie ohne weiteres als wahr an.

Joh. Reimpell bezweifelt, daß der Antrag Raddens zum Ziele führe. Vielleicht würden die Händler dann die Preise nur noch weiter anziehen. Der Senat soll die Höchstpreise der vorhandenen Waren herabsetzen. So könne es nicht weiter gehen, daß z. B. Gemüse in Lübeck doppelt so viel koste als in einer Stunde von hier entfernt gelegenen Orten.

Dimpler nimmt das Rote Kreuz in Schutz. Dort werde gerecht verfahren.

Hent gibt zu, daß gegenwärtig reichlich Butter vorhanden sei, doch sei in 2 bis 3 Monaten die Knappheit wieder da. Die Butter müsse für schlechtere Zeiten aufbewahrt werden. Im übrigen verteidigt Redner die hohen Eierpreise, die das billigste Lebensmittel seien. Man sollte den Zwischenhandel mehr ausschalten.

Albers wünscht die Buttermengen vergrößert. Die Landleute könnten sich wohl mit billigeren Preisen abfinden, aber sie lagten sich, wo doch alles teuer sei, nehmen sie was sie kriegen können.

Senge ist der Ueberzeugung, daß mit Absicht vom Roten Kreuz keine ungerechte Verteilung vorgenommen wird. Irrten sei menschlich und bei der Fülle der Fälle könne wohl eine Entschädigung getroffen werden, die von dem Betreffenden als ungerecht empfunden werde. Das Rote Kreuz soll die Beschwerden gründlicher prüfen, vielleicht werde es dann zu einem anderen Urteil gelangen. Er weist ferner darauf hin, daß die Arbeiterchaft selbstverständlich für das Vaterland Opfer bringe, doch alles habe eine Grenze. Die Unterstützung der Kriegesfrauen reiche zur Ernährung schlechterdings nicht mehr. Diejenigen, die zur Arbeit gehen, können schließlich damit aus; nicht aber linderreiche und kranke Frauen, die doch auch vorhanden sind. Er erachte die Annahme des Raddenschen Antrags als selbstverständlich. Wenn ein derartiger Krieg möglich sei, dann dürfe es auch nicht auf die finanziellen Opfer ankommen. Redner wendet sich ferner gegen die hohen Butterpreise, die ganz und gar nicht gerechtfertigt seien. Sie betragen das Doppelte des Friedenspreises. Er bittet dem Antrag Raddens zuzustimmen. Auch der Reimpellsche Antrag sei zu begrüßen, vielleicht könnten dadurch die Preise etwas herabgesetzt werden.

Thiele führt an, es gehe das Gerücht, die Auslandsbutter zu 2,85 Mk. werde von der Hanjameierei geliefert. Er wird beim Anschneiden der Eierfrage vom Wortführer unterbrochen, da diese nicht zur Debatte stände. Dann führt Redner an, daß Hunderte von Frauen nach Arbeitsgelegenheiten suchten und daß die Schiffshändler uns mit Mehl und Margarine versorgen könnten, wenn sie es einführen dürften.

Hierauf wird der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen, der Antrag von Radden abgelehnt, derjenige von Joh. Reimpell dem Bürgerauschuss überwiesen.

2. Antrag: Bewilligung von weiteren Mitteln für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges.

Dr. Langenheim hätte die Mitwirkung der Bürgerchaft gern gesehen. Er stellt einen Antrag, daß der Bürgerauschuss mitwirde.

Senator Dr. Fehling weist auf das geschaffene Verhältnis hin, das zu keinen Mißständen geführt habe. Die Regierung müsse in besonderen Fällen rasch handeln. Es wäre nicht richtig, wenn in diesem Falle der Bürgerauschuss neben dem Senat träte. Eine solche Stellung siehe ihm nach der Verfassung nicht zu. Der Senat habe im großen und ganzen das Richtige getroffen, er werde im Bürgerauschuss gerne Auskunft geben. Ohne Not sollte man den Apparat nicht erdhern.

Albers begründet den Antrag Langenheims, ist jedoch mit der mageren Begründung nicht zufrieden. Vielleicht finde sich noch ein gangbarer Weg als der vorgeschlagene. Wenn der Bürgerauschuss hätte mitwirken können, wäre mitunter manche Ausgabe unterblieben. Für die Zukunft sollte man der Bürgerchaft durch den Bürgerauschuss eine gewisse Kontrolle ermöglichen.

Senator Dr. Fehling bittet, an der Grundlage unserer Verfassung nicht zu rütteln.

Stelling: Als wir die ersten Mittel bewilligten, hatten wir eine so lange Kriegsdauer nicht angenommen. Es hat auch niemand geglaubt, daß wir noch einmal drei Millionen bewilligen müßten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Träger des Staates Senat und Bürgerchaft sind. Letzterer muß unter allen Umständen das Recht der Zustimmung über die Verwendung der Summen zuteilen. (Zuruf Hoff: Durchaus richtig!) Herr Senator Fehling vermischt Gründe für die Dringlichkeit und Notwendigkeit des Antrages Dr. Langenheims. Aus bestimmten Gründen gehe ich nicht auf Einzelheiten ein. Nach meiner Ueber-

zeugung enthält die Aufstellung Beträge, die einem anderen Konto zugeschrieben werden müßten. Wir sind die letzten, die dringende Aufwendungen verweigern, im Gegenteil freuen wir uns, wenn auf diese Weise Staatsgelder Verwendung finden, die zur Linderung der Not beitragen. Aber darauf müssen wir unbedingt achten, daß nicht Beträge eingekassiert werden, die anderen Fonds zugeschrieben werden müßten und die der Zustimmung der Bürgerchaft bedürfen. Der Senat sollte zum mindesten die formellen Bedenken fallen lassen, selbst wenn der Antrag Dr. Langenheims nicht der Verfassung entspricht; er bedeutet das mindeste, was die Bürgerchaft verlangen kann.

Senator Dr. Fehling erklärt die Notwendigkeit und das Zweckentsprechende der vorgenommenen Arbeiten, deren Aufwendungen ja später der Prüfung der Bürgerchaft unterliegen. v. Schaaf erwidert, die Bürgerchaft könne nachher nichts mehr ändern, wenn die Ausgaben gemacht seien. Sie habe sich ein gewaltiges Recht aus der Hand nehmen lassen.

Senator Dr. Fehling gibt der Meinung Ausdruck, daß eine Kommission nur mitberatend aber nicht beschließen könne und den Apparat nur erschwere.

Auf Vorschlag des Wortführers soll der Antrag von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Daraufhin beschwert sich Aug. Pape, daß ihm trotz vorheriger Zusage das Wort abgeschnitten worden sei, um eine die ganze Bevölkerung angehende Frage zu besprechen. Er bezeichne diese Handlungsweise als empörend, was vom Wortführer zurückgewiesen wird.

In der kurzen Debatte hierüber, an der sich Thiele, Dimpler, Aug. Pape und der Senat beteiligt, betont Stelling dann noch sein Einverständnis mit der Verlegung, wenn dadurch Unterstützungszahlungen nicht in Frage gestellt werden. Die Verlegung wird dann gutgeheißen.

3. Antrag: Nachträgliche Bewilligung von Mitteln für die Ausstattung der Heilanstalt Strecknitz.

Dr. Langenheim ersucht, den zweiten Absatz vorerst zu streichen.

Von Senator Straß wird angeführt, daß die Summe nur aus Druckkostenersparnis mit angeführt sei. Bei einer eventuellen Zentraldruckanlage könne Strecknitz der Kosten wegen niemals in Frage kommen.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

4. Antrag: Arealaustausch in Schlutup.

Sade wünscht baldige Ausführung der Siedelanlagen.

Senator Straß sagt diese sofort nach Entziffen des Materials zu.

Der Antrag wird endgültig angenommen.

Antrag Hoff, betreffend die von der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.), der Polnischen Berufsvereine und des Bureau für Sozialpolitik mit Eingabe vom 15. April 1916 begehrtten Regelung des Arbeitsnachweises im Deutschen Reich.

Hoff weist auf seine frühere Begründung eines Antrages hin, der sich mit dieser Materie befaßte. Der Senat habe damals versprochen, der Bürgerchaft in Besäde einen Antrag bezüglich der Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises entgegenzubringen. Diese Eingabe spreche für sich selbst, ihre Gründe seien so durchschlagender Natur, daß sie ohne weiteres dem Senat entgegengebracht werden könnten. Redner stellt folgenden Antrag:

„Die Bürgerchaft ersucht den Senat, im Bundesrat den Vertreter Lübecks die in der Eingabe enthaltenen Grundzüge beizubehalten zu lassen. Solange jedoch diese Materie von Reichs wegen noch nicht geregelt ist, hält die Bürgerchaft es auch für eine Pflicht Lübecks, einen öffentlichen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage zu errichten.“

Thiele tritt dem Antrag jetzt, wo die Sache in Aug. ist, entgegen. Er warnt die Bürgerchaft dringend, dem Ersuchen stattzugeben. Hoff soll die Eingabe dem Senat als Material überreichen.

Senator Dr. Fehling glaubt, die Bürgerchaft könne sich jetzt nicht festlegen, wo die Verhandlungen im letzten Stadium seien und nur noch einige Gutachten erwartet würden.

Hoff: Wir haben die Frage eingehend geprüft, ob die Eingabe dem Senat direkt als Material überwiesen werden sollte. Leider ist das geschäftsordnungsmäßig wohl nicht angängig. Durch Ueberweisung an den Bürgerauschuss wird die Sache allerdings etwas verzögert, doch bleibt kein anderer Weg.

Dr. Hartwig wünscht gleichfalls Bestätigung der Angelegenheit, sonst sei kein Ende abzusehen. Bremen habe bereits einen Arbeitsnachweis, in Hamburg sei der Leiter bestimmt, nur hier gehe es nicht weiter.

Der Werwolf.

Roman von Wilibald Alexis (W. Häring).

85. Fortsetzung.

„Nun Herr,“ fuhr Hans Jürgen ruhig fort, als Joachim ihn schweigend anblinzelte ohne die Mäntel zu ändern, „ist alles heraus. Was dazwischen und daneben, werdet Ihr Euch selbst am besten sagen. Ich, Hans Jürgen Bredow, Euer Lehmann, habe Euch verraten, mit Wissen und Willen; die Fürstin holt Ihr nicht mehr ein, bis sie auf ihren jähzornigen Boden ist. Das tut ich, wider den Gehorsam, den ich Euch schulde, ich bekenn's, brauch't keiner Zeugen und Widerrufes nicht, und Ihr seid mein Richter, dafür muß ich Euch erkennen; es ist nun einmal so. Hier liegt mein Dolch und hier mein Degen, der dunkle Wald und der Himmel drüber sind die Richter. Sie erzählen, daß der Württemberger, der jähzornige Fürst, einen Edlen aus seinem Lande so gerichtet hat, mit eigener Hand, in einem Wald, wie der hier. Die alten Bäume haben dazu ihre Häupter geschüttelt. Stohr mich nieder, hängt mich an einen Ast; was mit einem Hutten recht war, warum nicht auch mit einem Bredow, da es so Recht ward in Deutschland, daß die Fürsten das dürfen. Wollt Ihr aber nicht selbst Hand anlegen, da hör' ich Lärm; will mich selbst binden, und wenn sie kommen, so liefert mich dem Schloßler aus.“

Joachim von Brandenburg antwortete auch jetzt nicht; auf sein Kopf gestützt, daß Haupt in der Hand, schaute er vor sich hin. Ob er seinen Gedanken folgte oder dem Lärm von Ruf und Reitem, der immer näher kam? Ob er dachte: der Mann hat recht, und indem er ein Verbrechen beging, verübte er ein größeres Ungeheuer? Ob er dachte: solche Diener, die ihren Fürsten auch mit Gefahr ihres Lebens vom Rande des Abgrundes zurückziehen, die nicht ihnen, ihnen in den geschwungenen Arm zu fallen, auch auf die Gefahr hin, daß der Stahl, den der Arm schwingt, sie trifft, sind Goldes wert? Ob er sich fragte: Warum öffnete dieser so spät erst den Mund? Warum sprach er so nicht früher; es wäre wohl manches anders geworden?

Wenn er das dachte, er sprach es nicht aus; er hat nie eingesehen wollen, daß er getrrt hätte. Noch hatte er jetzt Zeit dazu; denn die vom Gefolge welche ihn endlich aufgefunden, hatten so außerordentliche Dinge zu melden, die des Fürsten ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen. Fürstentum an der Spree, die Residenz des Bischofs von Rebus, war gestern in der Frühe von einem Trupp edliger Freireiter überfallen, geplündert und Bischof und Domherren demagen zu Spott und Hohn zugerichtet worden, daß das gefürchte Regiment dadurch unermesslichen Schaden er-

litten. An der Spitze wußte man, daß die von Mindwisch in Sonnenwalde standen, die es schon längst dem Reuber zugehört, aber da das Werk so gut gelungen, hatten Abenteurer aus Sachsen und Brandenburg sich angeschlossen, und wie eine Staubwolke im Wirbel war die Schar größer geworden, die allerlei Anjugs gegen die Geislichen und ihr Eigentum an der Grenze sich erlaubten, man wußte nicht, wohin es sich wenden, wie weit es gehen werde, noch was der Kern sei. Aber zusehen durfte kein Regiment solchem Treiben, und deshalb waren vom geheimen Rat Boten über Boten dem Kurfürsten nachgeschickt, und auch die Schloßhauptleute und Bürgermeister der Städte und Festen schickten zu ihm, um sich Rates zu erholen, was bei solanen Dingen zu tun. In alten Zeiten hätte es jeder gewußt, was er tun müsse; Joachim hatte sie gewohnt, daß sie bei ihm anfragen mußten, ehe sie etwas dagegen unternahmen.

Joachim wußte, was zu tun sei, da er mit gebissenen Lippen sich auf das Kopf schwang: „Nach dem Lettow,“ befaßl er. Aber zu Hans Jürgen, als sie aus dem Wald hinausritten, wandte er sich noch einmal um, und den andern, die voraus waren, schien es, wie die beiden zusammen sprachen, als seien das Freunde und Vertraute, die gar nichts trennen könne.

„Dein Urteil, Hans Jürgen Bredow, fand ich. Als wie deine Uebertretung im geheimen blieb, sei's auch deine Strafe. Bekannt bist du aus Brandenburg, und diene drüber her, die du deine Herrin nennst, so treu, als du mir hättest dienen sollen.“

„Eins noch,“ rief Joachim ihm nach, da er stumm sich neigend davon wollte. „In einem wärfst du doch unrecht. Ich war nicht jähzornig, als ich die Frau verjagte; nicht als Mensch und erzürnter Gatte, als Fürst meines Landes legte ich ihr nach, und in meines Herzens Kämmerlein stand die summe Bitte, daß ich sie nicht erteihen möchte. Ich war nicht jähzornig, Hans Jürgen; an deiner Strafe kennst du meinen Zorn ermessen.“

Dreißigstes Kapitel. Die Gäste aufgenommen.

In mancherlei Lagen saßen wir die gute Frau von Bredow, aber noch nicht mit einer Schürze voll Holz die Treppe hinaufsteigen, so heimlich und so rüftig. Da erschallt sie fast, als ein Gesicht ihr entgegenblitzte, das wir kennen mußten.

„Ist das nicht viel, genädige Frau, und bei Euren Jahren.“ Sie schüttelte den Kopf und flüßerte: „Wozu man nicht gezwungen wird, das ist immer leicht, hochwürdiger.“ So schloßte sie in das Hinterzimmer; und der Ast machte hinter ihr die Tür so leise zu, als sie auf ihren Fußstapfen über die Dielen schloß. „Die alte Frau und die alte Zeit!“ sprach für sich der Ast.

Drinnen — es war eine Stube, wo ehemals die Kessel und Birnen trockneten, davon war aber nichts mehr als der süße Geruch — sah es gar wohllich aus: ein Leppich auf dem Boden, die besten Stühle standen an den Wänden, und vor einem Bett war die Tiroler Decke gehängt, die einstmals dem treuen Herrn Gottfried als Mantel gedient hatte. Die Scheiben des Fensters waren mit Moos verklebt, daß der Nordwind nicht hineinpußte, und umher auf den Tischen stand manches saubere alte Gerät von Ton und Silber, was selbst da nicht zum Vorschein kam, wenn der Bischof von Brandenburg hier nachsetzte.

„Am den hätte Frau von Bredow auch wohl nicht selbst den Dien geheizt, wie sie jetzt tat. Sie warf die Stützen nicht hinaus; als war's Zunderwerk legte sie eins nach dem andern und blies sanft die Flamme an, daß sie nicht mit einem Male auspuffte.“

Und doch hatte sie's nicht gehindert, daß die Fremde, welche im Bette lag, erwachte. Vielleicht hatte die edle Frau auch nur auf den Rücken gerührt, und sah nun, da sie die Decke zurückschlug, mit Rührung auf das Schaffen ihrer Wirtin hin.

„Liebe Bredow,“ sagte die Kurfürstin, „das müßtet Ihr Euren Diensteuten überlassen. Zu viel Ehre, zu viel Dienst um ein, die keine Fürstin, nur eine arme Beklerin ist. Und Ihr solltet Eue Kräfte schonen, die gehören Euren Kindern an. Wer so gelebt und so viel Jahre zählt, hat ein Recht auf Ruhe.“

Frau Brigitte nahm einen Schemel neben dem Bette, auf dem sie schon öfters so gelesen haben mochte. Auch war es schon angenehm warm in dem kleinen Zimmer geworden. Da meinte sie, niemand hätte ein Recht auf Ruhe, der noch schaffen kann, und so er's hätte, müßte er keinen Gebrauch davon machen, wenn der Geist noch frisch ist und die Arme sich röhren können.

„Ihr seid eine glückliche Frau.“

Eine Träne trat in Frau Brigittens Auge.

„Glücklich und nicht glücklich, Herr Gott ja. Wenn ich das Gute auf die eine Woge tue und das Schlimme auf die andere, dann weiß ich's manchmal selbst nicht, was schwerer wiegt. Aber dann denk' ich doch, es ist gerad gemessen vom Herrn, daß teins überblüht, und daß der Mensch nicht sicher werden soll, noch hochmütig. Und am End' ist das das rechte Glück. Wer gar nichts zu sorgen hätte, daß es besser würde, der wär' doch gar erst unglücklich.“

Das war der Fürstin nicht ganz zu Sinn. Sie meinte, der Allerglücklichste müsse doch immer noch hoffen, nämlich auf das Himmelreich. „Das ist schon recht,“ meinte die Bredow, „aber wenn's voll auf hier geht, der geht, der denkt zum wenigsten an die Ewigkeit, und dann — ist mir noch was.“

Vom Senatstisch wird auf den für die Kriegszeit bestehenden Arbeitsnachweis hingewiesen. Es handelt sich nur noch darum, wie es näher geregelt werden soll.

Hoff merkt sich wiederholt gegen den Antrag, Dr. Benda empfiehlt Hoff direkte Überweisung an den Senat und G. La ja u mit dem jetzigen Arbeitsnachweis zu verbinden.

Hoff können die vorgebrachten Gründe nicht dazu bewegen, seinen Antrag zurückzuziehen. Seit acht Monaten habe man nichts mehr vom Arbeitsnachweis gehört, man wisse nicht, ob der Senat gehofft habe oder noch hoffe, daß der Krieg noch acht Monate dauern solle. Wie notwendig ein öffentlich-paritätischer Arbeitsnachweis sei, gehe aus der Eingabe hervor, die zum Teil auch von Körperschaften unterzeichnet sei, die der Sozialdemokratie entgegenstünden. Der Arbeitsnachweis wird um so notwendiger, je länger der Krieg dauere. Es handle sich auch um Kaufleute und andere Berufe für die nach dem Kriege gefordert werden müßte, die man nicht einfach auf die Straße setzen könne. Bei einer Zerstückelung im Arbeitsnachweis wie in Lübeck könne unmöglich eine planmäßige Verteilung der Arbeitskräfte erfolgen. Wolle die Bürgerschaft keine Vorwürfe auf sich fallen lassen, müsse sie seinen Antrag annehmen.

Senator Fehling glaubt, die Überweisung an den Senat hätte Herr Hoff längst selbst bemerktlichen können. Man solle erst einmal die Senatsvorlage abwarten.

Hoff legt dagegen Beschwerde ein, daß der Vorsitzende eine sachliche Erörterung des Antrages zulasse entgegen den Bestimmungen der Geschäftsordnung. Der Vorsitzende weist diesen Vorwurf zurück.

Hoff und Dr. Benda wollen Hoff weiter von der Unrichtigkeit seines Handelns überzeugen.

Hoff hält die Geschäftsführung für richtig. Die Bürgergasse würde einen großen Fehler begehen, wenn sie selbst sich die sachliche Besprechung von Initiativanträgen einstränke und diese Debatte verkürze. Sie könne ruhig den Antrag Hoff dem Bürgerausschuß überweisen, sie lege sich dadurch nicht fest. Der Bürgerausschuß prüfe die Sache und sei er der Meinung, den Antrag nicht dem Senat zu überweisen, müsse die Bürgerschaft endgültig Stellung nehmen. Redner stellt weiter die Frage an den Senat, ob die noch zu erwartenden Gutachten Arbeiterorganisationen abzugeben hätten. Es sei sehr notwendig, daß die Arbeitergasse in dieser wichtigen Frage gehört würde.

Senator Dr. Fehling: Der Senat erwarte nur Gutachten von Behörden.

Hoff verteidigt wiederholt seinen Antrag, den etwas soziale Gefühl nicht unter den Tisch des Hauses fallen lassen könne.

Allein tritt für den Antrag ein. Man dürfe bei einem unangenehmen Antrag nicht einfach den Vorhalt machen, die Bürgerschaft hänge sich dadurch. Durch die Annahme spreche man nur aus, daß man den Antrag der Erwägung wert halte, im Bürgerausschuß besprochen zu werden.

Nach einer weiteren Debatte, an der sich der Senat, G. Keimpe, Scheiber, Thiel, Dimpfer, Sabs beteiligen, bedauert Hoff den großen Widerspruch, den sein Antrag gefunden hat, als ob darin ein Zweifel über die Richtigkeit der Sache liege und aber Tausende müßten nach dem Kriege noch gefordert werden, und dafür legten sich auch hervorragende Sozialpolitiker ins Zeug. Schließlich zieht der Redner seinen Antrag zurück, um dessen Ablehnung aus formalen Gründen zu verhindern. Er erklärt zum Schluß, sich die Wiedererörterung vorbehalten. Damit ist die Sache erledigt.

Schluß 10 Uhr.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Schlacht an der polnischen Front hat begonnen. Nach dem österreichisch-ungarischen Bericht gefaltet sie sich äußerst heftig. In der Hauptsache dürfte für den russischen Angriff das Besondere maßgebend sein, die Italiener in ihrer schwierigen Situation von dem österreichisch-ungarischen Druck etwas zu entlasten.

Aber die Seeschlacht in der Nordsee liegt heute eine Reihe englischer Meldungen vor, die mit unseren Lesern zum Studium empfohlen. Natürlich sind die Deutschen in dieser Schlacht — die nach Churchill überhaupt keine Schlacht war — unterlegen.

Von deutscher zutändiger Stelle wird über die Seeschlacht nach folgendes mitgeteilt: Es war ja vorauszusetzen, daß die englische Admiralität und noch mehr die englische Presse den Verlauf und die Bedeutung der Seeschlacht vor dem Scherztrick zu ermitteln oder doch abzuschätzen versuchen würden. So wählten sie überhaupt wohl dem folgenschweren Ereignis für englische Augen den Charakter einer Schlacht nehmen, was natürlich in Anbetracht der jetzt bestehenden gewaltigen Dimensionen natürlich ist. Sehr abfällig redet man auch von einem deutschen Siegespunkt, der die deutschen Doremanen gelehrt habe. Ein solcher deutscher Siegespunkt, der einem auslandischen Geschwader die Rückkehr an demselben Tage ermöglicht hätte, ist aber dem Schlachtfeld vor dem Scherztrick innerhalb 300 Kilometer nicht vorhanden. Selbst dort bei dieser Gelegenheit werden, daß die Geschwindigkeit eines großen Schiffsverbandes sich natürlich nach seinen langwierigen Taten richtet. Die großen englischen Schiffe waren aber mit ihren 21 Meilen unserer Schiffe der Pommerenklasse überlegen; sie hätten hier alle verhältnismäßig abgeben können, was sie aber eben nicht fertiggebracht haben. Die englische Flotte müßte die Schlachtschlacht auch so darstellen, als wenn sie zwischen englischen Booten und unseren Groses spielt ist. Selbst wenn dies richtig wäre, was nicht der Fall ist, kann man ermitteln werden, daß nach dem allgemein zugänglichen Texten unter der ersten am Kampf beteiligten Schiffe die „Queen Elizabeth“ mit einer Bewehrungsgeschwindigkeit von 240 Kilogramm gegenüber nur 220 Kilogramm unserer Kanonen stehen. Gerade war die „Queen Mary“ unserer „Seydlitz“ mit 1800 Kilogramm überlegen. Die englischen Schiffe waren also den unseren theoretisch überlegen. Alle englischen Überlegenheitsbeweise werden aber nichts zu ändern. Noch wichtiger ist es menschliche Eingabe, wenn man bedenkt, daß es mehrere Tausend Tote mit kaum erwünschte Spezialisten sind. Die Bedingungen auf englischer Seite überlegen die wegen der verhältnismäßig geringen Schiffe, wie bei Dantzig in gewöhnlichen Umständen. Das sehr große indischer Booten sind, daß nach die große Zahl der humanitären Kräfte die englischen Booten, die Kanonen und Menschen der Handhabung haben, die auf keine Zeit zurückzuführen sind.

Die Kriegslage.

33. Großes Hauptquartier, 5. Juni. (Amtlich.)

Südlicher Kriegsschauplatz.

Die Engländer haben gestern einen neuen Angriff gegen die von uns besetzten Ertragsgebiete in Syrien gemacht. Dieser Angriff ist im Mittelmeer zum Scheitern gekommen. Unsere Truppen sind nach Göttingen zurückgezogen. Die Engländer haben sich in der Gegend von Haifa auf dem Meer gesammelt.

Auf dem Schiffe der Russen Schanin sind vier Kanonen mit guten Geschützen, fünfzig Geschützen und Schanzarbeiten.

Die Russen haben die Stellung der Stellung Göttingen besetzt. Unsere Truppen sind nach Göttingen zurückgezogen.

Auf dem rechten Ufer dauert der erbitterte Kampf zwischen dem Cailletwald und Damloup mit unverminderter Heftigkeit an. Der Feind versuchte uns die in den letzten Tagen erzielten Erfolge durch den Einsatz von Infanterieabteilungen streifig zu machen. Die größten Anstrengungen macht der Gegner im Chapiuze-Wald, auf dem Guntin-Büden (Südwestlich von Dof Bauz) und in der Gegend südlich davon. Die französischen Gegenangriffe sind restlos unter den schwersten feindlichen Verlusten abgewiesen.

Deutsche Erkundungsabteilungen drangen an der Tzer (nördlich von Aras), östlich von Albert und bei Mittera in die feindliche Stellung ein. Sie brachten 30 Franzosen, 8 Belgier und 35 Engländer unterwunden als Gefangene ein. Ein Mörserwerfer ist erbeutet.

Im Luftkampfe wurde auf dem Marrec-Rücken, bei Cumicres und vor Sourville je ein französisches Flugzeug zum Absturz gebracht.

Deutscher und Balkankriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Die Kämpfe unserer Flieger im Monat Mai waren erfolgreich:

Feindliche Verluste	
im Luftkampfe	36 Flugzeuge
durch Abschuss von der Erde	8 "
Landung hinter unserer Linie	2 "
zusammen 47 Flugzeuge	

Eigene Verluste	
im Luftkampfe	11 Flugzeuge
nicht zurückgekehrt	5 "
zusammen 16 Flugzeuge.	

Oberste Heeresleitung.

Wien, 5. Juni. (Amtlich.)

Russischer Kriegsschauplatz.

Der seit längerem erwartete Angriff der russischen Südarmee hat begonnen. An der ganzen Front zwischen dem Pruth und Simeon bei Kalki ist eine große Schlacht entbrannt. Bei Ckax wird um den Besitz unserer vorderen Stellungen erbittert gekämpft. Nordwestlich von Tarnopol gelang es dem Feinde, vorübergehend an einzelnen Punkten in unsere Gräben einzudringen. Ein Gegenangriff warf ihn wieder hinaus. Seitdem ist von Kozlov (westlich von Tarnopol) fortwährend russische Angriffe vor unsere Hindernisse, bei Nowo Alexiniec nordwestlich von Dubno schon in unserem Gebietsebene.

Auch bei Sapanow und bei Ckoka sind heftige Kämpfe im Gange.

Südlich von Ckax schonen wir einen feindlichen Flieger ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Raum westlich des Ticino-Tales war die Gefechtsintensität gestern im allgemeinen schwächer. Südlich von Vercelli nahmen unsere Truppen einen starken Stützpunkt und wiesen mehrere Wiedergewinnungsversuche der Italiener ab. Südlich des Ticino-Tales erklärte unsere Kampfgruppe auf den Höhen südlich von Arriero den Monte Banocco (östlich von Monte Barco) und beherrschte nun das Val Sangallo. Gegen unsere Front südlich des Grenzgebirges richteten sich wieder einige Angriffe, die sämtlich abgeschlagen wurden. An der südsüdlichen Front ist die italienische Artillerie mehr als gewöhnlich. Im Dobrova-Bezirk betätigten sich auch feindliche Infanterieabteilungen, deren Vorstöße jedoch erledigt waren.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Nach.

Englische Meinungen über die Seeschlacht.

Das Londoner Pressebureau veröffentlicht Erklärung Churchill's, die sich auf den Bericht der Admiralität stützt. Churchill sagt: Folgende Tatsachen können festgehalten werden:

1. Die Überlegenheit der britischen Flotte an Großkampfschiffen hängt von der Überlegenheit der Dreadnoughts ab, die mit 12- und 13-zölligen Kanonen bewaffnet sind. Diese sind an sich ausreichend zur Erhaltung der Herrschaft über die Meere. Von diesen Umständen, auf die es ankommt, verloren wir nur eine, „Queen Mary“. Es scheint außer Zweifel zu stehen, daß die Deutschen mindestens ein damit vergleichbares Schiff verloren. Sollte das der „Bismarck“ oder „Derfflinger“ sein, so ist das ein schwerer Verlust für sie, als für uns die „Queen Mary“.

2. An Schiffen zweiter Ordnung verloren wir den „Indefatigable“ und „Invincible“, die gegenwärtig nicht als erste Klasse Schiffe rangieren. Das Dreadnought-Schlachtschiff der „Bechteler“-Klasse war mit dem Verlust jedes der beiden Schiffe vergleichbar. Die Panzerkreuzer „Black Prince“, „Defence“ und „Warrior“ gehören zu Schiffen dritter Ordnung, in deren Zahl wir den Deutschen sehr überlegen sind. Die Verluste von zwei fast einseitigen deutschen leichten Kreuzern, nämlich die „Wiesbaden“ und „Elbing“, ist für den Feind ein viel unangenehmerer Verlust. Die Verluste an Zerstörern sind nicht unangenehm gleich zu sein. Da wir die Stärkeren sind, haben wir auch gewonnen.

3. Das Verhältnis unserer Überlegenheit ist in keiner Weise verändert. Die Entdeckung von Truppen nach dem Kontinent kann mit der größten Freiheit fortgesetzt werden, ja der erweiterte Zustand der deutschen Flotte bietet uns um so größere Sicherheit.

4. Das unsichtige Wetter, der Einbruch der Nacht und der Schwung des Feindes vereitelten die hartnäckigen Bemühungen, unsere vorzüglichen Kommandanten Jellicoe und Batten, eine entscheidende Entscheidung zu erzwingen. Obwohl es uns unmöglich war, die deutsche Hauptflotte dazu zu zwingen, die Schlacht anzunehmen, sind die Schiffe, wozu man gelangte, doch von erheblicher Bedeutung. Es waren jetzt auf beiden Seiten alle Schiffstypen miteinander im Kampf. Wir wissen, daß aus keine Überlegenheit oder unangenehmen Dinge erwachsen. Wir kann einen gewissen Maßstab an die Stärke des Feindes anlegen, und wir sind die letzte Unsicherheit über eine bestimmte Überlegenheit beseitigt. Die königliche Division der „Queen Elizabeth“-Schiffe ist alle in die besten Hoffnungen gerechtfertigt zu haben. Unsere tapferen Matrosen lieferten sich ausgezeichnete Kämpfe. Die Offiziere sind gekämpft, wie sie es sich gewöhnen haben, zu kämpfen, im klaren Wasser. Wenn das Gefecht wiederholt wird, wird sich mehr und mehr herausstellen, daß es ein bestimmter Schritt zur Erreichung des vollständigen Sieges war.

Die englische Admiralität vermentlicht folgende Erklärung: Bis die Hauptmacht der britischen Flotte mit der deutschen Hauptmacht in Stellung kam, ging ein kurzer Kampf, an dem die beiden Flotten teilnahmen, vorüber. Die Engländer haben die Flotte des Feindes in die Flucht getrieben, so daß sie sich nicht mehr in der Gegend von Haifa sammeln konnten. Die Engländer haben die Flotte des Feindes in die Flucht getrieben, so daß sie sich nicht mehr in der Gegend von Haifa sammeln konnten. Die Engländer haben die Flotte des Feindes in die Flucht getrieben, so daß sie sich nicht mehr in der Gegend von Haifa sammeln konnten.

Zwei Schlachtschiffe, zwei Dreadnoughts, Kreuzer größter Tonnage, zwei von den neuesten leichten Kreuzern, nämlich „Wiesbaden“ und „Elbing“, einen leichten Kreuzer vom „Kohlen“-Typ, den leichten Kreuzer „Grauenslob“, mindestens neun Zerstörer und ein Unterseeboot verloren haben.

Den gediegensten Bericht veröffentlicht Reuters in folgendem: Am Morgen war es außergewöhnlich schön, mit ruhiger See. Um ungefähr 1 Uhr nachmittags, als sich das Geschwader des Admirals Beatty etwa 100 Meilen westlich der dänischen Küste befand, meldete die Vorhut, daß der Feind mit ungefähr 100 Schiffen in Sicht sei, darunter waren mindestens 20 Schlachtschiffe und Schlachtschiffe. Die Vorhut bestand aus zahlreichen leichten Kreuzern und Zerstörern. Die ganze Armada dampfte rasch in nordwestlicher Richtung heran. Die Bedingungen waren alle für die Deutschen günstig, die auch den Vorteil besaßen, die Küste hinter sich zu haben, so daß ihnen der Rückzug gebietet war. Auch die atmosphärischen Bedingungen waren für die Deutschen günstig. Das Wetter hatte sich verändert und ein feiner Staubregen behinderte die Aussicht. Während die englischen Schiffe mit der Sonne im Rücken hinter sich deutlich sichtbar waren, konnten die Deutschen ihre Streitkräfte mehr oder weniger verborgen. Trotzdem ärgerte Beatty seinen Augenblick, zum Angriff überzugehen. Mit schweren Kanonen wurden die ersten Schiffe auf ungefähr 15 Meilen westlich der dänischen Küste aufgeflogen, konnte kein Zweifel bestehen, daß die großen deutschen Schlachtschiffe im Gesicht standen und ihre vollen Kräfte auf unsere Vorhut abfeuerten. Obwohl der berühmte „Hendenburg“ amtlich nicht erwähnt wurde, ist anzunehmen, daß er bei dieser Gelegenheit schwer beschädigt wurde. Die Entfernung, in der geschossen wurde, verminderte sich rasch von 15 auf 10 und später auf 5 Meilen. Die englischen Kanoniere waren bald im Vorteil, und man sah, kurz nachdem die Schlacht begonnen hatte, daß ein großer deutscher Kreuzer einen Treffer erhielt. Einen Augenblick später war er in Flammen gehüllt und sank fast sofort. Jetzt nahmen auch die großen deutschen Schlachtschiffe an dem Kampf teil. Ihre gewaltige Geschützkraft gewährte den Deutschen einen bedeutenden Vorsprung. Einer der ärgsten Feinde der Briten war das deutsche Minenschiff, welches das britische Geschwader an dem freien Manövrieren hinderte, während die deutschen U-Boote und Zerstörer unbehindert ihre Arbeit verrichten konnten.

Beatty beschloß, den Feind zu zwingen, in voller Stärke auf dem Kampfschiff zu bleiben. Mit der Hartnäckigkeit von Bull Doggen bekämpften unsere Kreuzer im Vertrauen darauf, daß Verstärkungen unterwegs seien, den Feind, obwohl die in der Minderzahl waren. Nachdem der Kampf ungefähr zwei Stunden gedauert hatte, tauchten „Invincible“, „Indomitable“ und „Inflexible“ am Horizont auf. Die Deutschen waren noch immer in der Überzahl. Auch das Lichtverhältnis hatte sich nicht zu Gunsten der Briten geändert. In diesem Schlachtkampf wurde hauptsächlich mit schweren Kanonen gekämpft. Der Feind war über alle Beschreibung entsetzt. „Invincible“ ging rasch unter, nachdem er mit dem größten Heldentum gekämpft hatte. Beatty atmete auf, als vier Schlachtschiffe der größten Klasse, nämlich „Buliant“, „Barham“, „Malaya“ und „Warrior“ am Horizont erschienen. Als sie sich an dem Kampf beteiligten, änderte sich die Lage sofort. „Warrior“ wurde sofort von 5 deutschen Schlachtschiffen oder Kreuzern angegriffen und bedeckte sich mit Rauch und deutschen Geschossen. Die „Red“, brachte drei Anzeiger zum Sinken oder fügte ihnen doch jedenfalls sehr schweren Schaden zu. „Buliant“ rampte ein feindliches U-Boot und bohrte es in den Grund. Die Deutschen begannen zu fliehen (!). Die Leute von Jellicoe's Flotte waren über die Weigerung der Deutschen, den Kampf aufzugeben, aufs höchste entsetzt. Bei Anbruch der Dunkelheit hielten die großen Schiffe das Feuer ein, aber der Kampf wurde während der Nacht bis zum Tagesanbruch von kleineren Schiffen fortgesetzt. Dann lehrte die englische Flotte nach den verschiedenen Seiten zurück, da vom Feinde keine Spur mehr zu entdecken war.

Der Mumbai Korrespondent der „Times“ meldet: Das niederländische Dampfschiff „Rhodion“ passierte bei Grimshy das englische Kriegsschiff „Marlborough“ mit schwerer Schlagseite infolge einer Lapidation. Das Schiff war von einer Anzahl von Flottenbooten umgeben, die dem Kriegsschiff Hilfe leisteten.

Gegen Frankreich und Belgien.

Ein 25-Millionen-Geschenk.

Die „Kotterdamse Courant“ meldet aus Havre: Der amerikanische Eisenbahnmagnat James Hill hinterließ dem belgischen König zur Wiederherstellung Belgiens 25 Millionen Franken.

Der Balkankrieg.

Griechischer Einspruch.

Der „Ecclesia“ meldet aus Athen: Die griechische Regierung wird gegen die Verhängung des Belagerungszustandes über Saloniki Einspruch erheben. — Der telegraphische Verkehr zwischen Saloniki und Griechenland unter der Zensur der Märiten ist wiederhergestellt.

Der Seekrieg.

Verlentete Schiffe.

Clouds melden aus Genua, daß der italienische Dampfer „Marterja“ (3607 Tonnen) am 27. Mai verlentet worden ist. — Der „Bell Parisien“ meldet: Ein französischer Dampfer landete in Marseille die Besatzung der englischen Dampfer „Baron Tweedmouth“ und „Julia Park“, 16 Offiziere und 50 Mann. Ferner brachte ein anderer Dampfer die Besatzung des englischen Dampfers „Southgard“ an Land. Alle drei Dampfer waren von deutschen Unterseebooten verlentet worden.

Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier.

Berichtet von der Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel nichts außer Zusammenstoßen zwischen Erkundungsabteilungen. In der Mitte waren unsere Truppen trotz der Witterung der linken Flügel des Feindes durch wiederholte Vorstöße nach Osten zurück. Wir befinden uns heute etwa 40 Kilometer östlich von den früheren Stellungen. Alle feindlichen Versuche, den Rückzug zu decken, oder die wichtigen Stellungen in den Abschnitten, die der Feind hatte räumen müssen, wiederzunehmen, scheiterten unter unseren Bajonettsangriffen und unter schweren Verlusten für den Feind. Gestern machten wir in einem Kampfe 30 Soldaten zu Gefangenen, darunter einen Offizier, und erbeuteten zwei Maschinengewehre, eine Menge brauchbarer Waffen und verschiedenes Material. Auf dem linken Flügel Scharmäße zwischen Erkundungsabteilungen. Bei einem Überfall auf eine feindliche Erkundungsabteilung vernichteten wir einen Teil davon und machten den Rest zu Gefangenen. Unsere Artillerie verursachte durch überraschendes wirksames Feuer Verwirrung und Verluste in den feindlichen Unterständen.